

Der Uni-Bund im Nationalsozialismus

Eine Politik von Anpassung und Abgrenzung

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten setzte sich im Marburger Universitätsbund der Rückgang der Mitgliederzahlen fort, der mit der Weltwirtschaftskrise begonnen hatte. Zwar gelang es durch Werbemaßnahmen bei den Alten Herren der Korporationen und innerhalb der Dozentenschaft der Universität Marburg, die Austritte teilweise auszugleichen, jedoch konnte dadurch letztlich nicht verhindert werden, dass der Mitgliederstand von über 2600 im Jahre 1933 bis Kriegsbeginn auf unter 2000 absank. Während des Krieges gab es nur rund 300 Abgänge, so dass die Mitgliedskartei am 1. Januar 1945 noch zirka 1600 Personen führte. Eine Bereinigung der Datensätze zeigte 1950 jedoch nicht mehr als 436 Mitglieder.

Dieser Entwicklung entsprechend ging auch die Höhe der jährlichen Bewilligungen zurück, die der Bund für wissenschaftliche Projekte an der Universität zur Verfügung stellte. Zwischen 1934 und 1939 stellte er im Durchschnitt 15 000 RM pro Jahr zur Verfügung, nachdem er seit 1925 fast immer mehr als 20 000 RM verteilt hatte. Auch in den ersten Kriegsjahren setzte der Bund die Förderung fort, bis gegen Kriegsende fast keine Gelder mehr verteilt wurden. Dies lag neben den durch den Krieg bedingten organisatorischen Schwierigkeiten auch daran, dass die Forschung an der Universität Marburg fast zum Erliegen gekommen war und daher auch kaum Anträge von Dozenten an den Universitätsbund gestellt wurden.

Die Vorträge des Bundes in verschiedenen hessischen Städten wurden fortgesetzt, wobei sich einige Veränderungen ergaben. Einerseits arbeitete der Bund bei der Organisation häufig mit NS-Gruppierungen zusammen, andererseits passten sich

alle Fotos: Rektorsarchiv



Zug der Marburger Professorenschaft durch die Reitgasse

die Vortragenden, also die Marburger Dozenten, der „neuen Zeit“ an, wie aus verschiedenen Vortragstiteln deutlich zu erkennen ist. Neben Themen zur „Rassenhygiene“ oder zum nationalsozialistischen Verfassungsverständnis wurden auch frühere Vortragsthemen umbenannt, um Offenheit gegenüber dem Nationalsozialismus zu demonstrieren, oder gar nicht mehr angeboten. Zudem fällt auf, dass sich viele Vorträge mit den Veränderungen seit dem 30. Januar 1933 beschäftigten, denn sie berücksichtigten beispielsweise im

Titel Passagen wie „vor und nach 1933“ oder „im neuen Deutschland“.

Personelle Veränderungen gab es im Vorstand und im Verwaltungsrat des Bundes. Bereits 1933 ersetzte Professor Max Versé den kurz zuvor verschiedenen Schriftführer Walter Troeltsch, und 1938 wurde Professor Paul Duden zum Nachfolger des im Frühjahr 1938 verstorbenen Vorsitzenden Adolf Haeuser gewählt. Im Verwaltungsrat wurden einige Plätze wiederbesetzt. Am Wichtigsten war sicherlich die Wahl des Gauleiters Karl Weinrich aus Kassel

im Jahre 1936. Obwohl die Motive für diese Wahl des Gauleiters nach dem bisherigen Quellenstudium nicht eindeutig zu klären waren, ist doch anzunehmen, dass der Bund versuchte, sich auf diese Weise Vorteile für sein Wirken im NS-Staat zu verschaffen.

Anpassungsbestrebungen

Der Universitätsbund zeigte sehr rasch den Willen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Dies wird bereits bei der Auswahl des Festredners für die Hauptversammlung im Jahre 1933 deutlich: „Wir haben den dringenden Wunsch, diesmal den Mitgliedern und Freunden unseres Bundes und insbesondere unserer akademischen Jugend den Genuss zu ermöglichen, aus dem berufensten Munde einen Vortrag über einen kriegswissenschaftlichen oder militärpolitischen Gegenstand zu hören, der dem wiedererstarkenden Wehrwillen der Nation entspricht.“ Mit diesen Worten fragte Prorektor Professor Thiel im April 1933 beim ehemaligen Oberbefehlshaber der Reichswehr, General von Seeckt, an, ob er diesen Vortrag übernehmen wolle. Von Seeckt sagte allerdings ab. Stattdessen sprach der „Befreier Finnlands“ und Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, General Graf von der Goltz, über das Thema „Wehrhaftigkeit – unsere Schicksalsfrage“. In seinem Vortrag verherrlichte er das Kaiserreich und die militärischen Leistungen des deutschen Heeres im Ersten Weltkrieg, während er an der Weimarer Republik harte Kritik übte. Zum Schluss rief er die akademische Jugend auf, sich am Aufbau des Staates zu beteiligen und diesem zu dienen: „Dann, aber nur dann wird das erhoffte dritte Reich das erste und zweite an Größe und

Kulturwert übertreffen. Aber vergiß nie: es gibt nur Wehrhaftigkeit, oder ewiger Tributstaat, oder Bolschewismus.“

Wie bewertete der Universitätsbund den Vortrag, und wie stand er Mitte 1933 zum nationalsozialistischen Staat? Die Rede des Generals gefiel den anwesenden Mitgliedern und Gästen sehr, wie aus einem Schreiben von Schriftführer Versé an den Redner hervorgeht. Er dankte von der Goltz für seine Ausführungen, „[die] uns allen aus dem Herzen gesprochen waren“.

Die Einstellung des Vorstandes zum nationalsozialistischen Staat wiederum verdeutlicht die Rede des Vorsitzenden Haeuser während der Hauptversammlung, um dessen Wortlaut Schriftführer Versé bemüht war, damit er sie in den Mitteilungen des Bundes veröffentlichen konnte: „Sie fanden [...] so treffende Worte für die Kennzeichnung des neuen Zeitgeistes, dass wir diese doch auch den nicht erschienenen Bundesmitgliedern bekannt geben möchten.“

Wie kennzeichnete Haeuser den neuen Zeitgeist? Haeuser sprach von einem „gewaltigen Umbruch der Zeit“ und der Bereitschaft der Universität, „zur Erreichung der Ziele des Reichskanzlers Hitler“ beizutragen. Die Ziele des Universitätsbundes stünden im Einklang mit den neuen Verhältnissen: „Wir wollen [...] die Volksgemeinschaft zwischen den Forschern und denen, die draußen stehen im Lande, aufrecht erhalten, was durch die Vorträge des Universitätsbundes erreicht wird.“ Haeuser bediente sich der Sprache der Nationalsozialisten, um die Aufgaben des Bundes zu skizzieren. Zudem bekannte er sich eindeutig zu Hitler und dessen Zielen. Ein ähnliches Bekenntnis hatte er zu Zeiten der Weimarer Republik nicht abgegeben, wie im vorhergehenden Beitrag (Marburger Uni-Journal Nr. 18) dargestellt wurde.

In Worten ...

Aber ließ der Bund diesen Äußerungen auch Taten folgen, oder wurde dieses öffentliche Bekenntnis nur aus taktischen Gründen abgelegt? Um diese Fragen beantworten zu können, werden nun einige Maßnahmen des Bundes aufgezeigt. Im Sommer 1933 gab der Universi-



Marburger Dozentenschaft anlässlich der Emil-von-Behring-Feierlichkeiten 1940 im Chorgestühl der Alten Aula. Am Rednerpult Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust.

tätsbund ein Sonderheft seiner Mitteilungen mit dem Titel „Marburg – die Universität in der Gegenwart“ heraus, um damit für die Universitätsstadt Marburg zu werben. Dem Ziel entsprechend, die gesamte Universität im Lichte des Nationalsozialismus positiv darzustellen, war das Sonderheft das Produkt der Zusammenarbeit fast aller Einrichtungen der Universität. Die Fakultäten beteiligten sich an der Finanzierung des Heftes, während die Hauptaufgabe des Universitätsbundes darin bestand, das Sonderheft zu verbreiten und damit zu werben.

In dem Sonderheft sollte Marburg als „lebensnahe“ und „nationale“ Universität vorgestellt werden. Bei genauerer Betrachtung des Inhalts der einzelnen Beiträge wird deutlich, welche Bedeutung diesen zukam: Die Universität wollte darlegen, dass sie bereits seit Jahren die vom Nationalsozialismus geforderten Ideale verkörperte.

Als Zielgruppen für die Verbreitung des Heftes wurden neben Schulen und den Altherrenschaften der Korporationen auch die für die Hochschulen relevanten Behörden und Ministerien ins Auge gefasst. Außerdem informierte Dr. Wiskemann, der Leiter der Pressestelle der Universität Marburg, verschiedene Zeitungen über das Werbeheft der Universität mit der Bitte, auf dieses hinzuweisen. In seinem Schreiben betonte Wiskemann die maßgebliche Rolle

des Universitätsbundes: „In einem Augenblick, in dem bei der Durchführung der nationalen Revolution nunmehr auch die Hochschule ein neues Gesicht zu erhalten beginnt, kommt es den im Universitätsbund Marburg vereinigten Kreisen darauf an, die Universität Marburg mitten hinein zu stellen in den grossen Strom der Zeit und ihr darin den Platz zu sichern, den sie auf Grund ihrer steten Aufgeschlossenheit beanspruchen kann.“

Dem Universitätsbund war neben einer möglichst weiten Verbreitung auch daran gelegen, wichtige Parteigrößen und Minister über das Sonderheft zu informieren. Hierzu wurde diesem Personenkreis nicht nur eine mit einem ausgemalten Wappen versehene Sonderanfertigung des Werbeheftes überreicht, sondern auch ein ausführliches Begleitschreiben zugesandt. In einem dieser Schreiben an den Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust erläuterte Versé die Bereitschaft der Universität, in dem im Heft beschriebenen Sinne fortzufahren: „Die Universität wird ihre Tätigkeit im Geiste der nationalen Erneuerung fortsetzen und mit allen Mitteln zu erweitern suchen.“ Aus den Quellen ließ sich bisher nicht erschließen, ob diese Ankündigung aus Überzeugung oder aus Kalkül erfolgte, um politischen oder finanziellen Nutzen für die Universität und den Universitätsbund zu erreichen.

... und Taten?

Der Universitätsbund selbst ließ diesen Worten Taten folgen, denn er übernahm die Kosten für einen Teil der Ausstattung eines Kameradschaftsheimes der Studentenschaft, das zur Unterstützung der „nationalen Erziehung“ der Studenten gedacht war, und gab finanzielle Mittel für den Bau einer SA-Sportschule in der Nähe von Marburg. Bei beiden Projekten äußerten Vorstandsmitglieder die Meinung, der Bund müsse die Gelder bereitstellen, um Offenheit für den Nationalsozialismus zu zeigen. Als Belege seien hier Aussagen angeführt von Schatzmeister Pfeiffer („Auch ist es m. E. erwünscht, dass der Bund beweist, dass er den neuen Strömungen und Wünschen gegenüber positiv eingestellt ist. Neue Zeiten verlangen neue Wege.“) und Schriftführer Versé („[...] wenn er sich auf neue Aufgaben umstellt und dadurch sein Verständnis für die neuen Zeitbelange beweist“).

Im Sommer 1934 folgte jenes Ereignis, durch welches der Marburger Universitätsbund einen hohen Bekanntheitsgrad in Deutschland erreichte. Der Vorstand hatte beschlossen, den Vizekanzler des Reiches, Franz von Papen, für die Festrede anlässlich der Hauptversammlung zu gewinnen. Von Papen sagte zu und hielt seine berühmte Rede, in der er deutliche Kritik am National-

sozialismus übte (Marburger UniJournal Nr.15). Über diese Rede ist danach viel geschrieben worden. Marburg wird in diesen Beiträgen oft als ein Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus bezeichnet. Die Sichtung des Schriftverkehrs zwischen der Vizekanzlei und dem Universitätsbund macht jedoch deutlich, dass dem Universitätsbund bis zum eigentlichen Vortrag nicht einmal das Thema der Rede, geschweige denn der Inhalt, bekannt war. Papens Rede wurde in Marburg gehalten, weil dort laut Aussage eines seiner Berater kein Zugriff durch Goebels möglich war. Marburgs Verdienst bestand also lediglich darin, von Papen die Gelegenheit gegeben zu haben, seine Botschaft zu verkünden.

Der Vorstand war in den Tagen und Wochen nach der Rede besorgt, da er negative Folgen für den Bund befürchtete. Diese traten aber nicht ein, was nach Ansicht von Versé daran lag, dass „[...] gerade die Politik des Bundes nach dieser Richtung hin seinen Unterbau gegen alle etwa geplanten Anstürme stark gefestigt [hat], und es kam bei dieser Gelegenheit auch bei einem folgenden Frühstück beim Rektor von den zahlreichen Vertretern der SA keinerlei Missstimmung gegen den Bund irgendwie zum Ausdruck“. Dieser Auszug ist einem Brief von Versé an Haeuser entnommen, in dem er am 30. Juni 1934 über die Eröffnung der SA-Sportschule berichtete, bei der er den Universitätsbund vertreten hatte.

Dennoch achtete der Bund in den folgenden Jahren darauf, keine politischen Redner mehr einzuladen und statt dessen wieder wissenschaftliche Vorträge zu organisieren. Die politischen Botschaften verkündete dafür der Vorsitzende Haeuser in seinen Ansprachen während der Hauptversammlungen, in denen er zum Beispiel die Integration der Universitäten in die Volksgemeinschaft rühmte oder von zukünftigen Dozenten und Professoren nicht nur wissenschaftliche Qualifikationen, sondern auch die Verbundenheit zum Volk einforderte, um die Studenten zu „charaktervollen Menschen“ erziehen zu können.

1936 fand erneut eine besondere Hauptversammlung statt, die der Universitätsbund nicht alleine feierte, wie dem Bericht über den Verlauf



Rektor Mayer und Dekan Taeger mit Minister Rust (v.l.n.r.)

der Versammlung in den Mitteilungen des Universitätsbundes zu entnehmen ist: „Die 16. Jahresversammlung des Universitätsbundes am 20. und 21. Juni war dieses Mal mit dem zehnjährigen Festspieljubiläum der Stadt und dem Kreisappell der NSDAP in ein gemeinsam aufgestelltes Programm eingebaut worden und erhielt dadurch ihr besonderes Gepräge.“ Der Universitätsbund war demnach bereit, bei der Organisation der Hauptversammlung direkt mit der NSDAP zusammenzuarbeiten. Dieser Schritt zeigt, wie weit sich der Universitätsbund dem Nationalsozialismus angenähert hatte.

Abgrenzungsbemühungen

Diese Annäherung hatte aber auch ihre Grenzen. Abgrenzungen vollzog der Vorstand des Bundes immer dann, wenn die Gefahr bestand, dass der Bund oder Teile seiner Infrastruktur – insbesondere seine Mitteilungen – ihre Selbständigkeit verlieren könnten. Denn in diese Situation kam der Universitätsbund wiederholt während der NS-Zeit.

Ab, die wissenschaftliche Förderung der Universität sei gefährdet, wenn der Bund noch andere Aufgaben übernehmen würde, „so förderungswert diese an sich auch sein mögen“. Vielleicht durch diese Sympathiebekundung animiert, unternahm die Organisation im August 1934 einen weiteren Anlauf zur Einverleibung des Bundes. Dieser Versuch wurde erneut mit den bereits angeführten Argumenten abgelehnt, diesmal in einer sehr ausführlichen Version, die dann auch erfolgreich war.

Die Anpassung des Bundes an die neuen Verhältnisse durfte demnach die eigene Selbständigkeit nicht gefährden. Zudem war der Bund nicht bereit, Veränderungen an der Satzung, wie die Einführung des „Führerprinzips“, vorzunehmen. Dies wird bei einer Anfrage des Universitätsbundes Breslau deutlich, der seine Satzung „der neuen Zeit“ anpassen wollte. Versé sandte dem Breslauer Bund daraufhin die Marburger Satzung mit der Anmerkung zu, „dass sie sich sehr bewährt hat. Auf dieser Basis ist der Universitätsbund als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt worden und hat infolgedessen auch seine Selbständigkeit bewahrt“. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis von Versé, dass die Gemeinnützigkeit, die dem Universitätsbund 1927 bescheinigt worden war, die Selbständigkeit des Bundes ermöglicht habe, denn in den übrigen Stellungnahmen ist dieses Argument nicht zu finden. Aus diesem Grund konnte auch die tatsächliche Bedeutung der Gemeinnützigkeit für die Selbständigkeit des Bundes bisher nicht ermittelt werden.

Eigenständige Mitteilungen

Auch bei der Herausgabe seiner Mitteilungen war der Universitätsbund bestrebt, die Selbständigkeit und damit den Einfluss auf die Inhalte der einzelnen Hefte zu behalten. Zunächst erschienen die Mitteilungen des Bundes regulär weiter, bis die Eigenständigkeit der Mitteilungen durch Forderungen der Reichskulturkammer bedroht wurde. Nach deren Vorstellung sollte der Universitätsbund Mitglied der Kammer werden, da er Zeitschriften herausgibt, was nach den Bestimmungen der Reichs-

kulturkammer zu einer Mitgliedschaft verpflichtet. Der Universitätsbund wies diese Aufforderung jedoch im Dezember 1934 mit der Begründung zurück, dass die Mitteilungen eine interne Angelegenheit des Bundes seien und deshalb nicht als Zeitschriften im herkömmlichen Sinne bezeichnet werden könnten.

Gut anderthalb Jahre später wurde die Reichskulturkammer wieder auf den Universitätsbund aufmerksam. Nach einer Verordnung des Präsidenten der Reichspressekammer erfüllten Vereine und Vereinigungen nicht die Voraussetzung einer Mitgliedschaft in der Kammer und waren daher nicht mehr befugt, Zeitschriften selbst zu verlegen. Entweder müsse die Verlegerschaft einem Berufsverleger übertragen oder die Veröffentlichung der Mitteilungen eingestellt werden. Der Universitätsbund löste dieses Problem durch eine Übereinkunft mit dem Marburger Verleger Dr. Manfred Hitzeroth, der zukünftig als Verleger der Mitteilungen angegeben wurde. In der Vereinbarung ließ sich der Bund aber festschreiben, dass er weiterhin die alleinige Entscheidungsbefugnis über Inhalt und Aufbau der einzelnen Mitteilungen hatte. Damit setzte er ein deutliches Zeichen für die Selbständigkeit des Bundes und die Abwehr möglicher Fremdeinwirkungen.

1938 trat eine erneute Verschärfung der Bedingungen ein. Als am 15. April 1938 ein Artikel in der Berliner Börsenzeitung berichtete, dass rückwirkend zum 1. April 1938 Organisationen und Vereinigungen bei der Lieferung von Zeitschriften nicht mehr mitwirken dürften, handelte der Universitätsbund sofort und beschloss, die Mitteilungen nur noch drei- statt bisher viermal jährlich erscheinen zu lassen, so dass sie



Enthüllung der Behring-Büste

nicht mehr als Zeitschriften zählten. Versé teilte deshalb Hitzeroth am 23. April 1938 mit: „[...] Eben habe ich mit Magnifizenz telefonisch gesprochen, der sich auch mit dem Vorschlag, die ‚Mitteilungen‘ ab 1938 nur noch dreimal erscheinen zu lassen, einverstanden erklärt hat, da uns keine andere Wahl übrig bleibt. Ich bitte also, dementsprechend nach Berlin zu berichten. [...]“ Durch diesen Beschluss war die Eigenständigkeit der Mitteilungen letztendlich gesichert. Für den Universitätsbund war es leichter, auf eine Ausgabe pro Jahr zu verzichten, als die Verantwortung für deren Inhalte zu verlieren.

Dieses Handeln des Vorstandes war konsequent, denn über die Jahre hinweg war bei den Argumentationen des Universitätsbundes deutlich geworden, dass er die Eigenständigkeit der Mitteilungen bewahren und damit eine Einflussnahme auf die in-

neren Angelegenheiten des Bundes verhindern wollte. In dieser Form erschienen die Mitteilungen bis ins Jahr 1941, ehe die Papierknappheit während des Zweiten Weltkrieges die Herausgabe der Mitteilungen bis Kriegsende verhinderte.

Insgesamt zeigte der Marburger Universitätsbund in der Zeit des Nationalsozialismus also ein sehr ambivalentes Bild. Auf der einen Seite war er sehr bemüht, Offenheit für die Ideen und Vorstellungen der Nationalsozialisten zu demonstrieren.

Auf der anderen Seite jedoch war es die Grundlinie der Politik des Vorstandes, keine Zugeständnisse zu machen, die in irgendeiner Form die Autonomie des Bundes gefährdet hätten. Dabei konnte bisher nicht geklärt werden, warum der Bund mit dieser Politik so erfolgreich war und seine Selbständigkeit behalten konnte. Weitere Forschungen werden die Hintergründe hoffentlich aufzeigen.

Jörg Pawelletz

Impressum

Das Marburger UniJournal wird vom Präsidenten der Philipps-Universität und vom Vorstand des Marburger Universitätsbundes herausgegeben.

Redaktion:

- Klaus Walter (kw), Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der Philipps-Universität (verantw.)
Telefon: (0 64 21) 28-2 60 07

- N.N.

Marburger Universitätsbund e.V.
Telefon: (0 64 21) 28-2 58 66

Anschrift der Redaktion:

Pressestelle der Universität
Biegenstraße 10
35032 Marburg
Fax: (0 64 21) 28-2 89 03
Sekretariat: Christel Bamberger
Telefon: (0 64 21) 28-2 61 48

Grafisches Konzept:

Stankowski + Duschek, Stuttgart
Anzeigen und Druck:
Bernecker Mediagruppe Melsungen
Telefon: (0 56 61) 7 31-0
Versand: Lahn-Werkstätten Marburg
Auflage: 9000

Das Marburger UniJournal erscheint viermal im Jahr

ISSN 1616-1807

Der Bezug des UniJournal ist im Mitgliedsbeitrag für den Marburger Universitätsbund enthalten.

